

Neue Regierung in Israel: Was heißt das für die Arbeit und Positionierung der DIG e. V.?

Thesenpapier

Volker Beck, Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft DIG e. V.

Vorbemerkung

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft trifft sich am 19.3.2023 zu einer gemeinsamen Sitzung von Präsidium und Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften mit dem Bundesvorstand des Jungen Forums in Frankfurt am Main. Zentrales Thema sind die neue Regierung in Israel und die Folgen für die Arbeit und Positionierung der DIG. Für diese Diskussion soll dieses Thesenpapier einen Impuls geben.

Die Situation in Israel ist dramatisch. Am Mittwoch warnte Präsident Herzog vor der Gefahr eines Bürgerkrieges. Das kann die Freunde Israels nicht kalt lassen.

Man sieht, welcher internationale Schaden und welche Gefährdung für Israels Sicherheit von dem Programm der aktuellen israelischen Regierung ausgeht:

Der Iran steht technisch zwei Wochen vor der Atombombe¹ – während die Welt sich über Israels Innenpolitik echauffiert. Schon deshalb ist der Kurs von Netanyahus Koalition brandgefährlich.

Eine nukleare Bewaffnung der Islamischen Republik Iran ist eine existentielle Bedrohung für das Leben aller Menschen in Israel. Aber auch für Irans Nachbarschaft. Was die Annäherung von Iran und Saudi-Arabien für Israels Sicherheit bedeuten wird, lässt sich noch nicht sagen.² Die Außenpolitik sollte sich bei ihren Prioritäten an der Größe dieser Problemlagen orientieren.

Die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson. Daran gibt es nichts zu deuteln. Aber gerade deshalb treibt uns diese Situation auch sehr um. Die Situation zerreißt mich: Wie kann man den demokratischen Charakter Israels verteidigen, ohne Stichwortgeber für Antisemiten und notorische Israelkritikerinnen und -kritiker zu werden?

Hier einige Thesen zur Situation und wie wir als Freundinnen und Freunde Israels mit den Vorhaben der neuen israelischen Regierung umgehen können:

¹ Reuters: "Iran can make fissile material for a bomb 'in about 12 days' - U.S. official". 28.2.2023.
<https://www.reuters.com/world/middle-east/iran-can-make-fissile-material-bomb-in-about-12-days-us-official-2023-02-28/>

² Christoph Ehrhardt, Friederike Böge: Iran und Saudi-Arabien wollen Beziehungen normalisieren. FAZ, 10.3.2023.
<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/iran-und-saudi-arabien-wollen-beziehungen-normalisieren-18738869.html>

I. Mission und Rolle der DIG

„Die Deutsch-Israelische Gesellschaft will die menschlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Deutschen und Israelis festigen und weiterentwickeln. Dabei agieren wir überparteilich und in steter Solidarität mit dem Staat Israel und seiner Bevölkerung.“ Wir sind bestrebt, „alle Bestrebungen [zu unterstützen], die darauf gerichtet sind, dem Staat Israel und seinen Bürgern Frieden, ein Leben in anerkannten und sicheren Grenzen, in wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit zu gewährleisten.“ „Die DIG bemüht sich, in der Bundesrepublik die Kenntnis über Israel, seine Geschichte und seine Gegenwart zu vertiefen. Hierzu gehört eine kontinuierliche Unterrichtung der DIG-Mitglieder und der Öffentlichkeit über Entwicklungen und Probleme in Israel sowie über das Ringen um seine gesicherte Existenz.“³

Die Freundschaft zwischen Deutschland und Israel ist die Freundschaft zwischen zwei Staaten und zwei Gesellschaften, unabhängig von den jeweiligen Regierungskoalitionen. Dies wird unverändert unsere Haltung der Freundschaft mit Israel sein.

II. Das zionistische Projekt: der jüdische und demokratische Staat

Wir unterstützen das Selbstbestimmungsrecht des jüdischen Volkes, das in der zionistischen Bewegung und in der Gründung des Staates Israel zum Ausdruck kommt. Die Grundprinzipien des jüdischen und demokratischen Staates, die später in verschiedenen Grundgesetzen entfaltet wurden, sind schon in der israelischen Unabhängigkeitserklärung niedergelegt:

Jüdisch: „Der Staat Israel wird der jüdischen Einwanderung und der Sammlung der Juden im Exil offenstehen.“⁴

Demokratisch: „Er wird sich der Entwicklung des Landes zum Wohle aller seiner Bewohner widmen. Er wird auf Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden im Sinne der Visionen der Propheten Israels gestützt sein. Er wird all seinen Bürgern ohne Unterschied von Religion, Rasse und Geschlecht, soziale und politische Gleichberechtigung verbürgen. Er wird Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit der Sprache, Erziehung und Kultur gewährleisten, die Heiligen Stätten unter seinen Schutz nehmen und den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen treu bleiben.“⁵

³ Die Leitsätze der Deutsch-Israelischen Gesellschaft unter <https://www.deutsch-israelische-gesellschaft.de/dig/leitsaetze/>

⁴ Hinzu treten hier noch die nicht erwähnten Letters of the Founding Fathers, vgl. Shetreet, Shimon in: Shetreet / Homolka: Jewish and Israeli Law - An Introduction, 2017, 324 -345.

⁵ Die Unabhängigkeitserklärung des Staates Israel. Tel Aviv, 1948.
https://embassies.gov.il/berlin/AboutIsrael/Dokumente%20Land%20und%20Leute/Die_Unabhaengigkeitserklaerung_des_Staates_Israel.pdf

Der Unterstützung dieser Prinzipien sind wir verpflichtet und in diesem Sinne ist die Deutsch-Israelische Gesellschaft auch eine zionistische Organisation oder eine Organisation für Zionistinnen und Zionisten.⁶

III. Diskussionslage in der DIG und im Israelunterstützer-Camp

Betrachte ich die Zuschriften und Kommentare in den sozialen Medien aus unserer Mitgliedschaft und unserem Umfeld, gibt es zwei Haltungen:

Die erste Haltung lautet: Kritik an israelischer Politik ist nicht unser Business. Da wird behauptet, Kritik sei *per se* „Lehrmeister-Verhalten“. Es sei eine innerisraelische Angelegenheit. Andere, die diese Haltung haben, sagen „Ich glaube, dass Israel keine wohlfeilen Tipps aus Deutschland benötigt. Besser wäre es allemal, wenn Deutschland sich eindeutig und klar gegen die drohende Gefahr für Israel aus dem Iran positionieren könnte und seinen Einfluss geltend macht.“ Von israelischen Stimmen, die diese Haltung teilen, hören wir „solche Freunde brauchen wir nicht,“ oder „können wir Deutschen nicht EINMAL die Fr**** halten? Auch die Christen, die in Israel vielen nur noch auf den S**** gehen?“ Eine weitere Stimme, die dieser Haltung folgt, fragt: „Das heißt aber nicht, dass ich jetzt fürchten muss, dass die DIG bald darüber richten wird, wann Israel demokratisch ist und somit Anerkennung von Deutschland und Unterstützung verdient, oder?“

Die zweite Haltung lautet: Die DIG sollte mit Kritik nicht hinter dem Berg halten: „Wir brauchen uns auch nicht jeden Antisemitismus-Vorwurf gefallen lassen. Wenn wir maßvoll die Stimme der deutschen Freunde Israels einbringen, dann tun wir genau das Gegenteil dessen, was die unsägliche BDS-„Bewegung“ tut.“ „Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich die DIG hier nicht zu einer klaren Bewertung und Aufforderung positioniert. Falls Ihr also schon eine solche Stellungnahme verabschiedet habt (was ich annehme), wäre es gut, diese recht bald zu veröffentlichen, da gewiss viele Bürgerinnen und Bürger, die mit Sorge auf die Vorgänge in Israel schauen, sich auch auf den Seiten der DIG erkundigen und sich auch fragen, was man tun kann, um die Demokratiebewegung zu unterstützen.“ Eine weitere Stimme dieser Haltung fragt „Wo verstecken sich gerade die echten Freunde Israels hierzulande? Israel steht vor einer Katastrophe.“ „Es macht mir große Sorge, dass unsere DIG auf die krisenhafte Entwicklung in Israel nicht reagiert, jedenfalls nicht spürbar.“ Israelische Menschenrechts- oder LGBT-Organisationen fordern uns aktiv zur Unterstützung auf.

Wir werden es als DIG nicht allen recht machen können. Die Aufgabe für uns ist, sich nicht an der Delegitimierung und Diabolisierung Israels durch notorische Israelkritikerinnen und -kritiker zu beteiligen. Doppelte Standards abzulehnen, heißt aber auch, dass wir politisch das kritisieren, was wir bei anderen Ländern, die vergleichbare Gesetzesvorhaben diskutiert oder beschlossen haben, ebenfalls kritisiert haben.

⁶ „Zionism is the movement for the self-determination and statehood for the Jewish people in their ancestral homeland, the land of Israel.“ Vgl. ADL: Zionism: <https://www.adl.org/resources/glossary-term/zionism>

IV. Doppelstandards, Delegitimierung oder Dämonisierung Israels

Die politische Diskussion über Israel oder den arabisch-israelischen Konflikt außerhalb Israel ist häufig von Doppelstandards, Delegitimierung oder Dämonisierung⁷ Israels geprägt.

Israelhass ist der Brandbeschleuniger des Antisemitismus. Über Israel traut man sich zu sagen, was man nach der Shoah über Juden überwiegend nicht mehr zu sagen wagt. Bei antiisraelischen Items sind die Zustimmungsraten für antisemitische Aussagen in Deutschland am höchsten.⁸ Gleichzeitig gibt es eine Korrelation über eine negative Haltung zu Israel und antisemitischen Haltungen.

International gibt es keinen Staat, der nach seiner Staatsgründung und seiner Aufnahme als Mitglied der Vereinten Nationen eine Diskussion über seine Existenzberechtigung ertragen musste.

Die Anwendung von doppelten Standards und die Diabolisierung des jüdischen und demokratischen Staates haben sich so normalisiert, dass man die Tatsachen noch einmal in ihrer Ungeheuerlichkeit in Erinnerung rufen muss:

- Seit 1948 gibt es einen staatlich organisierten Boykott der Bürgerinnen und Bürger und Waren des jüdischen Staates durch die Arabische Liga. Diese hat bereits im Dezember 1945 einen Boykott gegen Waren von Juden aus Palästina verkündet. Dieser Boykott dauert bis heute an.⁹ Ihm wird auch von Unternehmen in Deutschland Folge geleistet.¹⁰
- Seit 2005 gibt es eine „zivilgesellschaftliche“ internationale Kampagne von *Boycott, Divestment and Sanctions (BDS)*¹¹ gegen Israel, die in ihren Methoden und Wirkung antisemitisch ist. Gegen keinen anderen Staat gibt es auf der Welt etwas Vergleichbares.

⁷ Nathan Sharansky (2004): "3D-test of Anti-Semitism: Demonization, double standards, delegitimization". In: *Jewish Political Studies Review* 16, S. 3-4. Das entspricht auch drei Beispielen der nicht rechtsverbindliche Arbeitsdefinition von Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA): „Das Aberkennen des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z. B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen. Die Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten fordert, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet oder gefordert wird. Das Verwenden von Symbolen und Bildern, die mit traditionellem Antisemitismus in Verbindung stehen (z. B. der Vorwurf des Christumordes oder die Ritualmordlegende), um Israel oder die Israelis zu beschreiben.“

⁸ Vgl. zuletzt: American Jewish Committee Berlin Lawrence and Lee Ramer Institute: *Antisemitismus in Deutschland. Eine Repräsentativbefragung*. Berlin, 2021; insbes. 20 -21. Jenny Hestermann, Roby Nathanson und Stephan Stetter: *Deutschland und Israel heute: Zwischen Verbundenheit und Entfremdung*. Hrsg. v. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh, 2022, S. 50, 52.

⁹ Vgl. z. B. Eligibility Kriterien der Islamic Development Bank: *Islamic Development Bank IsDB: Guidelines for the Procurement of Goods, Works and Related Services under IsDB Project Financing*. Jeddah (Kingdom of Saudi Arabia), 2019. Eligibility 1.11 <https://www.isdb.org/project-procurement/sites/pproc/files/documents/PPR%20Guidelines-Goods%20and%20Works-ENG.pdf>

¹⁰ „Zugverkauf in die Türkei. Siemens-Deal in der Kritik“. 03.02.2023. <https://www.tagesschau.de/investigativ/swr/siemens-bahn-tuerkei-101.html>; „Wirtschaft. Israelboykott. Kuwait Airways diskriminiert israelische Fluggäste – Berlin zeigt sich machtlos“, *Die Welt*, 21.05.2021. <https://www.welt.de/wirtschaft/article231287353/Kuwait-Airways-diskriminiert-israelische-Fluggaeste-Regierung-zeigt-sich-machtlos.html>

¹¹ Hierzu: Alex Feuerherdt, Florian Markl: *Die Israel-Boykottbewegung. Alter Hass in neuem Gewand*. Leipzig, 2020. Jakob Baier: *Antisemitismus in der BDS-Kampagne*. 2021. <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/328693/antisemitismus-in-der-bds-kampagne/>

- Im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen hat Israel als einziges Land einen festen Tagesordnungspunkt.¹²
- In der Generalversammlung und dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen und zahlreichen UN-Unterorganisationen wird kein Land so häufig verurteilt wie Israel. Oftmals bekommt Israel mehr Verurteilungen als der gesamte Rest der Welt zusammen.¹³

Diese Einseitigkeit ist sachlich nicht rechtfertigbar. Sie ist antisemitisch motiviert. All dies geht allein gegen den einzigen jüdischen Staat. Léon Poliakov prägte dafür den Satz: „Israel ist der Jude unter den Staaten“.¹⁴

Vor der Folie dieses Befundes findet eine kritische Diskussion über israelische Politik statt. Dies verpflichtet zu einer besonderen Verantwortung beim Formulieren, aber nicht zum Schweigen. Dabei wird man sich womöglich immer mal wieder korrigieren müssen.

Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Dr. Josef Schuster, hat klipp und klar formuliert: „Demokratie und Rechtsstaatlichkeit haben in Israel jahrzehntelang Kriege und Krisen überstanden – sie stehen nun vor einer erneuten Bewährungsprobe. Sie kommt ausnahmsweise nicht von außen, sondern von innen. Sie bedeutet nicht, dass eine Mehrheit der Israelis rechtsextrem oder theokratisch ist, sondern sie ist ein Produkt der Ausweglosigkeit des israelisch-palästinensischen Konflikts. Wir sollten den Mut haben, dies anzusprechen.“

Und er hat andererseits richtigerweise gemahnt: „Es darf keine reflexartige Abkehr von Israel geben. Das schließt ein, dass wir nicht in rein gefühlsmäßige Bewertungen verfallen, sondern Vernunft und Maß halten, wie es unter demokratischen Staaten üblich ist, auch wenn einzelne Positionen und Handlungen aus diesem Wertekanon fallen mögen.“¹⁵

V. Die Existenz und Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson

Die historische Verantwortung Deutschlands für die Shoah verpflichtet uns in besonderer Weise, Verantwortung für Leben und Sicherheit des jüdischen Volkes zu übernehmen. Dem ist das Nachkriegsdeutschland nicht immer gerecht geworden. Die DDR stand gar auf der anderen Seite, auf der falschen Seite der Geschichte.

Seit dem Luxemburger Abkommen und der Freundschaft von Adenauer mit Ben Gurion hatte das deutsch-israelische Verhältnis eine besondere Bedeutung. Angela Merkel hat diese Verantwortung demonstrativ angenommen. Ihr Satz von Israels Sicherheit als

¹² Theodor Rathgeber: „Der UN-Menschenrechtsrat: Was kann er leisten, was nicht?“ In: Andreas Zimmermann/ Helmut Volger (Hg.): Die UN-Politik deutschsprachiger Länder. 11. Potsdamer UNO-Konferenz am 30. Juni 2012. Potsdamer UNO-Konferenzen 10, Potsdam, 2013, S. 64. https://publishup.uni-potsdam.de/opus4-ubp/frontdoor/deliver/index/docId/10122/file/puk10_S59-79.pdf

¹³ So z. B. 2022 UNGA-Resolutionen gegen Israel: 15, UNGA-Resolutionen gegen Rest der Welt: 13 Quelle UN Watch: <https://unwatch.org/2022-2023-unga-resolutions-on-israel-vs-rest-of-the-world/>

¹⁴ Léon Poliakov: Von Moskau nach Beirut. Essay über die Desinformation. Freiburg, 2022.

¹⁵ Josef Schuster: „Neue rechtsnationalistische Regierung: Es darf keine reflexartige Abkehr von Israel geben“. Tagesspiegel, 10.1.2023. <https://www.tagesspiegel.de/meinung/josef-schuster-es-darf-keine-reflexartige-abkehr-von-israel-geben-9154626.html>

deutscher Staatsräson¹⁶ folgt unserer historischen Verantwortung gegenüber dem jüdischen Staat: Das verlangt ein unbedingtes Eintreten für Israels Existenz und Sicherheit, unabhängig von der Politik der jeweiligen Regierung.¹⁷

VI. Angriffe auf die jüdische wie auf die demokratische Identität Israels gefährden das zionistische Projekt

Die Pläne der aktuellen Regierungskoalition schlagen in Israel hohe Wellen und finden weltweit Beachtung. Es gibt eine ganze Reihe von Gesetzgebungsvorhaben¹⁸, die die Achsen der politischen und rechtlichen Verfasstheit des Staates Israel grundsätzlich verändern sollen. Insgesamt handelt es sich um eine Politisierung staatlicher Institutionen und die Zurichtung dieser Bereiche nach den Interessen der jeweiligen Regierungskoalition.

Die Bereiche umfassen:

- eine Reform der Richterwahl und eine Beschneidung der Kompetenzen des Obersten Gerichtes;
- die Politisierung der Rechtsberater (*legal advisors*) in den Ministerien;
- eine Umwälzung der Medienlandschaft;
- die weitgehende steuerrechtliche Unterbindung der Finanzierung von NGOs mit staatlicher Förderung aus dem Ausland (z. B. deutsche politische Stiftungen);
- die Einführung der Todesstrafe für terroristische Taten gegen Israelis.

Thematisch bis in manche Details erinnern die Pläne an die Entwicklungen der EU-Mitgliedsstaaten Polen und Ungarn¹⁹. Allerdings mit einem wesentlichen Unterschied: In Israel gehen in der zehnten Woche Hunderttausende²⁰ für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auf die Straße.

Die Gegner von Netanjahus Koalition sprechen von einem „Staatsstreich“ oder „Putsch, eine feindliche Übernahme des Staates Israel durch eine Koalition mit knapper Mehrheit in

¹⁶ „Jede Bundesregierung und jeder Bundeskanzler vor mir waren der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels verpflichtet. Diese historische Verantwortung Deutschlands ist Teil der Staatsräson meines Landes. Das heißt, die Sicherheit Israels ist für mich als deutsche Bundeskanzlerin niemals verhandelbar. Und wenn das so ist, dann dürfen das in der Stunde der Bewährung keine leeren Worte bleiben.“ Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vor der Knesset am 18. März 2008 in Jerusalem. „Die Sicherheit Israels ist für uns Staatsräson. [...] Wir machen uns stark gegen Versuche antisemitisch motivierter Verurteilungen Israels, auch in den VN.“ Koalitionsvereinbarung von SPD, Grünen und FDP 2021-2025.

¹⁷ So ähnlich Ralf Fücks auf Meron Mendel erwidern: <https://twitter.com/fuecks/status/1631754369602408448?s=20>

¹⁸ Hier gibt es eine aktualisierte Übersicht über den Stand der Gesetzgebung: „Tracking Netanyahu's Judicial Coup: Where the Israeli Government's Anti-democratic Legislation Stands“, Chen Maanit & Noa Shpigel, Haaretz, 13.12.2022. https://www.haaretz.com/israel-news/2022-12-13/ty-article-magazine/.premium/coup-hdc/00000186-c636-dc44-abe6-c7be95cd0000?utm_source=App_Share&utm_medium=iOS_Native

¹⁹ „An Exiled Hungarian Historian's Stark Warning for Israeli Progressives“. Haaretz, 3.2.2023. <https://www.haaretz.com/israel-news/2023-02-03/ty-article-magazine/.highlight/an-exiled-hungarian-historians-stark-warning-for-israeli-progressives/00000186-17a6-d5d5-aded-37bfb8980000?ts=1678562023584> „controversy over [Netanyahu's] plans to weaken judiciary, which have been likened to Hungary.“ In: Shalom Yerushalmi: „In apparent gesture to Netanyahu, Orban to move Hungary's embassy to Jerusalem“, The Times of Israel, 3.3.2023. <https://www.timesofisrael.com/in-apparent-gesture-to-netanyahu-orban-to-move-hungarys-embassy-to-jerusalem/>

²⁰ Die Veranstalter sprechen landesweit von 500.000 Protestierende: „Anti-overhaul protesters call to turn up heat as over 250,000 estimated at rallies“. Times of Israel, 11.3.2023. <https://www.timesofisrael.com/liveblog-march-11-2023>

der Knesset.“ Andere sprechen davon, dass ein „regime change“ oder eine „Diktatur“ bevorstünde.²¹ Die Koalition spricht von einer Justizreform und beschimpft die Kritiker als Anarchisten. Minister bezeichnen den Vorgänger von Premier Netanjahu, Yair Lapid, als Chef von BDS Israel. Koalitionäre behaupten, die Demonstrierenden seien vom Ausland finanziert.²² Die Debatte ist extrem polarisiert. In der Fachwelt gab es schon länger Diskussionen über mögliche Wege zu einer Konstitutionalisierung Israels. Diese Debatte greift der israelische Staatspräsident Herzog auf.²³ Die Koalitionspläne stellen diese Diskussion auf den Kopf.

Reform der Richterwahl und eine Beschneidung der Kompetenzen des Obersten Gerichtes

Das Thema der Justizreform ist dabei besonders kompliziert und von strategischer Bedeutung. Die Strukturen des israelischen Rechtsstaates sind über Jahrzehnte gewachsen. Sie fußen auf einem Zusammenspiel der Rechtsprechung des Obersten Gerichtes (*Supreme Court*) und den von der Knesset verabschiedeten Grundgesetzen (*basic laws*). Obwohl Israel keine geschriebene Verfassung hat (für einen verfassungsgebenden Prozess war bei der Staatsgründung schon wegen des Unabhängigkeitskrieges keine Zeit), hat es sich zu einem der rechtsstaatlich verfassten und demokratischsten Ländern²⁴ der Welt entwickelt.²⁵

Kritik an der Justiz gab es in der Vergangenheit auch von Abgeordneten der jetzigen Opposition. Kritik am Bundesverfassungsgericht und Forderungen nach Begrenzung seiner Macht sind der deutschen Diskussion auch nicht fremd, allerdings nicht mehrheitsfähig.²⁶

Im Hintergrund der Debatte um das Oberste Gericht und die Richterwahl schwelt ein Konflikt um Repräsentation. Hier gibt es nicht nur einen Gegensatz von Links und Rechts, sondern auch von Ashkenaz und Misrachi sowie säkular und religiös. Misrachi wie Araber sind in der Tat im Verhältnis zum Bevölkerungsanteil unterrepräsentiert. Die Wahl der Richter geschieht in einem neunköpfigen Ausschuss mit drei Richtern, zwei Vertretern der Rechtsanwaltskammer, zwei Mitgliedern der Knesset und zwei Vertretern der Legislative. Die Richter des Obersten Gerichtshofs werden mit einer Mehrheit von sieben Mitgliedern gewählt, so dass die Koalition, die mindestens drei Sitze im Ausschuss kontrolliert, und die

²¹ So z. B. Frances Raday im Interview mit dem Verfassungsblog, 3.3.2023 <https://verfassungsblog.de/in-der-existenz-bedroht/>; Yuval Noah Harari: "Opinion | This Is Definitely a Coup. Israel Is on Its Way to Becoming a Dictatorship". Haaretz, 9.3. 2023. <https://www.haaretz.com/opinion/2023-03-09/ty-article-opinion/this-is-definitely-a-coup-israel-is-on-its-way-to-becoming-a-dictatorship/00000186-c728-d069-a3df-c73897c10000>

²² Ayala Panievsky: "How to Prepare the Israeli Public for the Lies to Come". Haaretz, 16.3.2023. <https://www.haaretz.com/israel-news/2023-03-16/ty-article-opinion/premium/how-to-prepare-the-israeli-public-for-the-lies-to-come/00000186-e986-d20a-abb7-fde68ff90000>

²³ Isaac Herzog: *People's Plan - Full text: Herzog's judicial reform proposal*. 16.3.2023, <https://www.jns.org/full-text-herzogs-judicial-reform-proposal/>

²⁴ Freedom House: Weltüberblick Global Freedom Status Israel: <https://freedomhouse.org/explore-the-map?type=fmw&year=2023>; FREEDOM IN THE WORLD 2022 Israel <https://freedomhouse.org/country/israel/freedom-world/2022>

²⁵ Einen guten Überblick gibt: Amichai Cohen, Yuval Shany: *The New Israeli Government's 'Constitutional Law Reforms': Why now? What do they mean? And what will happen next?* 14.2. 2023 <http://www.lawfareblog.com/new-israeli-governments-constitutional-law-reforms-why-now-what-do-they-mean-and-what-will-happen>. Vertiefend dazu siehe Shetreet in: Homolka/Shetreet, S. 129 – 413. Walter / Medina / Scholz / Wabnitz: *Einführung in das israelische Recht*. München, 2019, 7 -9, 46 -58.

²⁶ „Ärger über liberale Urteile: CDU will Rechte der Verfassungsrichter beschränken“. *Der Spiegel*, 06.04.2014. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/cdu-will-rechte-des-bundesverfassungsgerichts-beschaercken-a-962804.html>

drei Richter des Obersten Gerichtshofs bei der Ernennung jeweils ein Vetorecht haben. Jeder Bewerber benötigt also mindestens eine Stimme aus diesen Stimmblocks.²⁷

Die Reformüberlegungen stützen sich auf eine Studie²⁸ des Kohelet Policy Forum. Es betont, dass in anderen Ländern das Oberste Gericht oder Verfassungsgericht weniger Kompetenzen habe als der Israelische Oberste Gerichtshof und dass der Einfluss der Politik in anderen Ländern bei der Richterwahl größer sei als in Israel. Das ist so richtig wie falsch zugleich.

Tatsächlich wählen Politikerinnen und Politiker in vielen Ländern die Richterinnen und Richter des Verfassungsgerichtes oder der Obersten Gerichte ohne Mitwirkung von Anwalts- und Richtervertretungen; aber in der Regel bestimmt nicht die einfache Parlamentsmehrheit einer Parlamentskammer allein die gesamte Richterbank. Es gibt unterschiedliche Systeme von *checks* und *balances*. So verkennt man in der Studie z. B. den entscheidenden Aspekt bei der Beschreibung des deutschen²⁹ Systems: Entscheidend ist nicht, dass statt Anwaltskammer und Richterschaft Politiker die Richter wählen, sondern dass das erforderliche Quorum von 2/3 bei Bundestag wie Bundesrat in der Regel dazu führt, dass eine Wahl nur möglich ist, wenn Kräfte von Koalition und Opposition zusammenwirken. Bei Frankreich³⁰ verkennt die Studie, dass zwar der *Conseil constitutionnel* nur eine präventive, teilweise obligatorische Normenkontrollkompetenz hat, aber weder Verfassungsbeschwerde noch konkrete Normenkontrolle kennt. Frankreich ist deshalb überproportional beim EGMR in Straßburg Kunde. Und bei Mitgliedsstaaten der Europäischen Union wacht zudem der Europäische Gerichtshof (EUGH) über Rechtsstaatlichkeit und EU-Konformität der nationalen Gesetzgebung. Das unterschlägt die Studie allerdings.³¹

Es gibt durchaus verschiedene Vorschläge, die eine Reform vorschlagen und den verfassungsgebenden Prozess, der sich über Jahrzehnte entwickelt hat, vervollständigen wollen.³²

Die Koalition hat zwei Vorschläge vorgelegt: einen Gesetzentwurf von Justizminister Levin, den zweiten vom Knesset-Mitglied Simcha Rothman, dem Vorsitzenden des Knesset-Ausschusses für Verfassung, Recht und Justiz. Die beiden Vorschläge haben ein gemeinsames Prinzip: Sie zielen beide darauf ab, die Zusammensetzung des Richterwahlausschusses von einem Ausschuss, der mehrheitlich aus Juristen (Richtern und

²⁷ Shetreet (2017), S. 222; Amichai Cohen, Yuval Shany: "Supreme Court of Israel: The Fight Over Judicial Appointments in Israel". *LAWFARE*, 16.2.2023. unter: History ... <https://www.lawfareblog.com/fight-over-judicial-appointments-israel>

²⁸ Shai-Nitzan Cohen / Shimon Nataf / Aviad Bakshi (Kohelet Policy Forum): *Selecting Judges to Constitutional Courts — A Comparative Study*. Jerusalem 2021. https://en.kohelet.org.il/wp-content/uploads/2022/05/KPF0127_JusticeConstCourt_E_2022.pdf

²⁹ *Ib.*, S. 16.

³⁰ *Ib.* S. 18.

³¹ Zur Kritik an der Studie: Louis Imbert: *The controversial think tank behind Israel's justice system reform*. *Le Monde*, 20.2.2023. https://www.lemonde.fr/international/article/2023/02/20/en-israel-derriere-la-reforme-de-la-justice-un-cercle-de-reflexion-conteste_6162544_3210.html; Meirav Arlosoroff: *Israel's Most Influential Think Tank Puts Agenda Over Data*. *Haaretz*, 22.3.2023. <https://www.haaretz.com/israel-news/2023-01-22/ty-article/premium/israels-most-influential-right-wing-think-tank-puts-agenda-over-data/00000185-d8d1-d3a8-a3cf-dff15c3f0000>

³² *The Israel Democracy Institute: Completing Israel's Constitutional Process. A Proposal by the Israel Democracy Institute*. Jerusalem, 2023. <https://en.idi.org.il/media/19581/completing-israel-s-constitutional-process.pdf>

Anwälten) besteht, in einen Ausschuss zu ändern, der von der regierenden Regierungskoalition kontrolliert wird.³³

Der drastische Umbau des Verhältnisses der Gewalten ist in einem weiteren Gesetzespaket enthalten. Im Januar wurden zwei Gesetzesentwürfe veröffentlicht, die weitreichende Reformen bei der gerichtlichen Überprüfung von Knesset-Gesetzen vorsehen, einer von Justizminister Yariv Levin, der andere vom Vorsitzenden des Ausschusses für Verfassung, Recht und Justiz der Knesset, Simcha Rothman. Die Vorschläge sind ähnlich, aber nicht identisch.

Generell zielen die beiden Vorschläge darauf ab, die Befugnis des Obersten Gerichtshofs zur Überprüfung der Vereinbarkeit neuer Gesetze mit den Grundgesetzen (*Basic Laws*) erheblich zu schwächen.

1. Die Befugnisse des Gerichtshofs zur Aufhebung von Gesetzen sollen auf die Fälle beschränkt werden, in denen sie einer ausdrücklichen Bestimmung der Grundgesetze widersprechen (Levin) oder „eindeutig einer verankerten Bestimmung widersprechen“ (Rothman). Beide Vorschläge zielen darauf ab, die Möglichkeiten des Gerichtshofs zur umfassenden Auslegung von Bestimmungen des Grundgesetzes und zum Schutz nicht ausdrücklich genannter Menschenrechte zu beschränken. Dies könnte insbesondere dazu führen, dass dem Gerichtshof die Befugnis verweigert wird, Gesetze für ungültig zu erklären, die das Recht auf Gleichheit verletzen – ein Recht, das in den Grundgesetzen nicht ausdrücklich erwähnt wird, das aber bisher vom Gerichtshof als implizit im Verfassungsrecht auf Menschenwürde verankert angesehen wurde.
2. Levin schlägt vor, dass die Befugnis, Gesetze für ungültig zu erklären, nur dem Obersten Gerichtshof übertragen werden sollte, wenn dieser *en banc* tagt und eine Mehrheit von 80 Prozent seiner Richter die Ungültigkeitserklärung unterstützt. Berücksichtigt man Levins andere Pläne, die Art und Weise zu ändern, in der die Richter des Obersten Gerichtshofs künftig gewählt werden sollen, wird es ziemlich schwierig eine 80-Prozent-Mehrheit zu erreichen, um ein Gesetz zu kippen. Rothman geht noch weiter: Er würde es dem Obersten Gerichtshof erlauben, ein Gesetz nur mit einer einstimmigen Entscheidung aller Richter zu kippen, was in der Praxis fast nie erreicht werde.
3. Drittens besagt Levins Vorschlag, dass Entscheidungen zur Aufhebung bestimmter Gesetze keinen Präzedenzfall für andere Gesetze schaffen würden. Dieser Teil des Vorschlags würde es erforderlich machen, dass der Gerichtshof über Klagen auf Ungültigkeitserklärung von Gesetzen, die denen ähneln, die bereits als grundgesetzwidrig befunden wurden, in vollem Umfang neu entscheidet, was den Prozess verkompliziert. Dies hat Auswirkungen auf die Rolle der Rechtsberater im israelischen System: Wenn das für ungültig erklärte Urteil des Gerichtshofs keinen Präzedenzwirkung für gleichartige Fälle entfaltet, könnten sich die Rechtsberater

³³ Cohen/Shany 16.2.2023. Dort auch Details der beiden Vorschläge.

nicht direkt darauf berufen, wenn sie ihre Rechtsberatung zur Verfassungsmäßigkeit neuer Gesetzesvorschläge anbieten.

4. Der drastischste Systembruch ist der Vorschlag der Einführung einer **"Aufhebungsklausel"** (התגברות) in allen Verfassungsfällen. Die Aufhebungsklausel würde ein Verfahren vorsehen, mit dem die Knesset ein vom Obersten Gerichtshof aufgehobenes Gesetz wieder in Kraft setzen kann: Zunächst könnte die Knesset eine befristete Aufhebung beschließen, mit der die für ungültig erklärten Gesetze für vier Jahre wieder in Kraft gesetzt werden; anschließend könnte sie eine weitere Abstimmung zur dauerhaften Wiederherstellung durchführen. In jedem Fall wäre nach Levins Vorschlag für die Aufhebung nur eine Mehrheit von 61 Knesset-Mitgliedern erforderlich. Da Koalitionsregierungen in Israel immer über eine Mehrheit von mindestens 61 Mitgliedern verfügen, könnten sie sich jederzeit über jedes Urteil des Obersten Gerichtshofs in Bezug auf praktisch alle Verfassungsrechte hinwegsetzen. Das käme einem Ende einer wirksamen gerichtlichen Kontrolle des Gesetzgebers gleich.
5. Der Oberste Gerichtshof soll nicht befugt sein, die Grundgesetze selbst gerichtlich zu überprüfen. Grundgesetze werden von der Knesset nach demselben Verfahren wie gewöhnliche Gesetze verabschiedet, und ihre Annahme erfordert nur eine einfache Mehrheit. Die Leichtigkeit, mit der neue Grundgesetze verabschiedet oder bestehende geändert werden können, hat die Knesset dazu veranlasst, immer häufiger auf dieses legislative Instrument zurückzugreifen, manchmal mit dem Ziel, solche Gesetze vor der Justiz zu schützen. Als Reaktion darauf warnten die Richter des Gerichtshofs die Knesset, dass ein Missbrauch ihrer verfassungsgebenden Befugnis – indem sie den Titel „Grundgesetz“ an Angelegenheiten anhängt, die in der normalen Gesetzgebung behandelt werden sollten (wie Haushaltsgesetze) oder überhaupt nicht Gegenstand der Gesetzgebung sein sollten (wie personalisierte Gesetze) – dazu führen könnte, dass der Gerichtshof solchen Gesetzen den Status eines Grundgesetzes verweigert. Darüber hinaus vertraten einige Richter die Ansicht, dass Änderungen von Grundgesetzen oder neue Grundgesetze, deren Inhalt der eigentlichen Identität des Staates Israel als jüdischer und demokratischer Staat zuwiderläuft, einer gerichtlichen Überprüfung unterliegen und wegen Verletzung grundlegender Prinzipien der Rechtsordnung für ungültig erklärt werden könnten. (In der Literatur über verfassungswidrige Verfassungsänderungen wird dies manchmal als „Grundstruktur“-Doktrin bezeichnet. Der Begriff des verfassungswidrigen Verfassungsrechtes ist auch Deutschland nicht unbekannt). Levins Vorschlag würde dem Gerichtshof diese Überprüfungsbefugnis entziehen, ohne dass eine besondere Mehrheit für die Verabschiedung von Grundgesetzen erforderlich wäre. Die einfache Bezeichnung eines Gesetzes durch die Knesset als

„Grundgesetz“ würde den Obersten Gerichtshof von einer Überprüfung ausschließen.³⁴

Einführung der Todesstrafe für terroristische Taten gegen Israelis

Mit Unterstützung einer Oppositionspartei (Liebermanns *Israel Beitenu*) bei Enthaltung der aschkenasischen ultraorthodoxen Partei (Vereinigtes Thorajudentum) stimmte die Knesset mit breiter Mehrheit in erster Lesung für die Einführung der Todesstrafe für terroristische Taten gegen Israelis.³⁵

Damit entfernt sich Israel von der europäischen Rechtsgemeinschaft.

Allerdings lässt der UN-Zivilpakt die Todesstrafe für schwerste Straftaten Erwachsener zu.³⁶ Bei terroristischen Taten sind diese Voraussetzungen gegeben. Auch in den USA wird die Todesstrafe praktiziert. Aber die dortigen Erfahrungen lehren auch, dass auch unter rechtsstaatlichen Bedingungen die Argumente gegen die Todesstrafe nicht aufzuheben sind. Der Staat bezahlt Menschen dafür, andere Menschen zu töten, die keine akute Gefahr mehr für andere darstellen (Gefahrenabwehr, z. B. finaler Rettungsschuss), und Justizirrtümer sind angesichts der Tötung von zu Unrecht Verurteilten vollständig irreversibel.

Die Politisierung der Rechtsberater (legal advisors) in den Ministerien

Die Einschränkung der Unabhängigkeit der Rechtsberater der Regierung, eine Funktion, die in Deutschland kein Äquivalent hat, gehört nicht zu den profiliertesten Vorschlägen zur Reform des israelischen Rechtssystems. Die Schwächung des Status der Rechtsberater der Regierung ist tatsächlich aber dennoch ein wichtiger Teil des von der Regierung vorgeschlagenen Reformpakets. Im Ein-Kammersystem des israelischen Staates wird die Macht der Exekutive und der Legislative, die in Israels parlamentarischem Regierungssystem stets von ein und demselben politischen Block, der regierenden Koalition, kontrolliert werden, fast ausschließlich durch rechtliche Institutionen begrenzt. Die neuen Vorschläge sehen vor, dass die Minister in einer Weise handeln können, die die Rechtsberater in ihren eigenen Ministerien oder die Generalstaatsanwältin selbst für rechtswidrig und unvereinbar mit der Rechtsstaatlichkeit und dem Vertrauen der Öffentlichkeit in die Regierung halten.³⁷

³⁴ Die Ausführungen sind eine Zusammenfassung von: Amichai Cohen, Yuval Shany: *Reversing the 'Constitutional Revolution': The Israeli Government's Plan to Undermine the Supreme Court's Judicial Review of Legislation*. 15.2.2023.

<https://www.lawfareblog.com/reversing-constitutional-revolution-israeli-governments-plan-undermine-supreme-courts-judicial>

³⁵ Michael Starr: *"Israel's death penalty for terrorists bill passes initial Knesset vote"*. Jerusalem Post, 1.3.2023. <https://www.jpost.com/breaking-news/article-733068>; Elyahu Berkovits: *"Israel's death penalty, haredi ideology and Yisrael Beytenu's role"*, Jerusalem Post, 8.3.2023. <https://www.jpost.com/opinion/article-733646>

³⁶ Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 (BGBl. 1973 II 1553) Artikel 6 Absatz 2. https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/PDF/DB_Menschenrechtsschutz/ICCPR/ICCPR_Pakt.pdf

³⁷ Amichai Cohen, Yuval Shany: *"No More Legal 'Gatekeepers'? Plans to Downgrade the Status of Government Legal Advisors in Israel"*. LAWFARE, 21.2.2023. <http://www.lawfareblog.com/no-more-legal-gatekeepers-plans-downgrade-status-government-legal-advisors-israel>

Eine Umwälzung der Medienlandschaft

Der neue Kommunikationsminister plant u. a. die Abschaffung der öffentlichen Rundfunk- und Fernsehprogramme.³⁸ Auch die Behörde für Fernsehen und Rundfunk sowie der Rat für Kabel- und Satellitenrundfunk sollen von regierungsnahen Gremien abgelöst werden, um eine der Koalition gemäße Umstrukturierung der Medienlandschaft auf den Weg zu bringen.³⁹

Die steuerrechtliche weitgehende Unterbindung der Finanzierung von NGOs mit staatlicher Förderung aus dem Ausland (z. B. deutsche politische Stiftungen)

Israels zivilgesellschaftliche Organisationen werden zu großen Teilen durch Spenden aus dem Ausland (von Einzelpersonen, Unternehmen, Stiftungen und staatlichen Einrichtungen) unterstützt. Schon in der Vergangenheit zielte die Transparenzgesetzgebung einseitig auf zivilgesellschaftliche Organisationen ab, die von einer ausländischen staatlichen Einrichtung finanziert werden, und unterschied sie von vielen anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die ebenfalls Spenden aus dem Ausland erhalten – von Einzelpersonen, Unternehmen und Stiftungen. Die Auseinandersetzung in der Vergangenheit zielten auf eine Diskreditierung von NGOs aus dem Menschenrechtsspektrum. Transparenzregelungen knüpften damals schon an Konzepte aus dem russischen Kontext an.⁴⁰ Durch internationalen Druck, namentlich auch aus der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe⁴¹ unter meinem Vorsitz, wurde das Schlimmste damals verhindert.

Ein Gesetzentwurf aus der Koalition sieht jetzt vor, dass eine gemeinnützige Organisation, die sich „in die inneren Angelegenheiten des Staates Israel einmisch“ und Gelder von einer „ausländischen staatlichen Einrichtung“ erhalten hat, nicht mehr als „öffentliche Einrichtung“ im Sinne der Definition im Einkommensteuerrecht und als „gemeinnützig“ im Sinne des Mehrwertsteuergesetzes gilt. Darüber hinaus soll auf die von einer ausländischen staatlichen Einrichtung erhaltenen Mittel eine Steuer von 65 % erhoben werden. Eine „Spende, die sich in die inneren Angelegenheiten des Staates Israel einmisch“, wird als Spende an Organisationen definiert, die sich mit einer Vielzahl von Interessenvertretungsaktivitäten und der Förderung der Politik gegenüber den staatlichen Behörden und der öffentlichen Meinung Israels beschäftigen.⁴²

³⁸ "Karhi said at a conference that there is 'no place for public broadcasting' in the State of Israel" laut: Amy Spiro: No Kan do: How Israel's public broadcaster ended up in the government's firing line. 11.3.2023 <https://www.timesofisrael.com/no-kan-do-how-israels-public-broadcaster-ended-up-in-the-governments-firing-line/>

³⁹ Refaella Goichman/ Nati Tucker: "Netanyahu's Plan to Kill Israel's Media Enters Its Next Phase". Haaretz, 24.1.2023. <https://www.haaretz.com/israel-news/2023-01-24/ty-article-magazine/premium/the-next-phase-of-netanyahus-plan-to-kill-israeli-media/00000185-e344-d093-ada5-eb57536d0000>

⁴⁰ Barak Ravid: "Germany: Israel's Treatment of NGOs With Foreign Funding Is Like Russia and China". Haaretz, 21.6.2017. <https://www.haaretz.com/israel-news/2017-06-21/ty-article/germany-israel-treats-ngos-with-foreign-funding-just-like-russia-china/0000017f-eb77-dc91-a17f-ffffafe20000>

⁴¹ Barak Ravid: "German MPs Implore Netanyahu to Bury NGO 'Transparency' Bill", Haaretz, 3.12.2015. <https://www.haaretz.com/israel-news/2015-12-03/ty-article/premium/german-mps-implore-netanyahu-to-bury-ngo-transparency-bill/0000017f-f6f9-ddde-abff-feda6fe0000>; Minister Shaked Defends NGOs 'Transparency' Bill in Letter to German Lawmakers <https://twitter.com/BarakRavid/status/67274349367277188?s=20>.

⁴² The Institute for Law and Philanthropy, Tel Aviv University: Democracy in Crisis: Shrinking Space for Civil Society in Israel. Bill to amend the Income Tax Ordinance. (Taxing a donation from a foreign state entity) Tel Aviv, 2023.

Durch die neuerlichen Pläne würden weite Teile der Arbeit der deutschen politischen Stiftungen, aber womöglich auch des deutsch-israelischen Zukunftsfonds oder des geplanten israelisch-deutschen Jugendwerkes faktisch verunmöglicht.

Die Pläne und ihre Gefahren

Es ist nicht unsere Aufgabe, in Deutschland die innenpolitischen Fragen in Israel zu lösen oder Kompromisse zu definieren. Aber wir begrüßen, dass Staatspräsident Herzog versucht, die Lager zusammenzuführen und sehen mit Sorge, dass alle derartigen Versuche einer Kompromissbildung von der Koalitionsmehrheit brüsk zurückgewiesen werden⁴³, obwohl u. a. auch der frühere Knesset-Speaker und Likud MK Yuri Edelstein versuchte, Herzogs Versuche zu unterstützen⁴⁴.

Aber die Prinzipien von liberalen Demokratien mit der Unabhängigkeit der Justiz, der Gewaltenteilung und daher eben auch der Beschränkung der Politik durch das Recht zu vertreten, ist keine Einmischung in innere Angelegenheiten. Es geschieht aus demokratischer Überzeugung und aus Sorge um Israels Zukunft als jüdischer und demokratischer Staat. Es ist gefährlich, wenn das „grundlegende demokratische Prinzip der Mehrheitsregel“ von den Apologeten der Koalitionspläne gegen die gerichtliche Überprüfbarkeit von Gesetzgebung ausgespielt wird.⁴⁵

Demokratie ist mehr als Herrschaft der Mehrheit. Die aktuelle Minderheit muss die Chance haben, die künftige Mehrheit zu werden. Deshalb ist es wichtig, dass Politik der Mehrheit durch das Recht begrenzt wird. Popper mahnte: „Eigentlich gibt es nur zwei Formen von Regierung: jene, die man wieder loswerden kann und die anderen ... denn es ist nicht von Belang wer regiert, solange man sich einer Regierung ohne Blutvergießen entledigen kann“.

Betrachtet man die Entwicklung des Schekels gegenüber dem Euro und Dollar, der Börsen, die Äußerungen von Investoren, aber auch die Ankündigung von Reservisten, der IDF den Rücken zuzukehren, sieht man schon jetzt den Schaden für Wirtschaft und Sicherheit Israels.

Würde das Gesetzespaket so wie aufgeschrieben durchgezogen, steht eine Verfassungskrise bevor, bei der sich widersprechende Entscheidungen des Obersten Gerichtes und des Parlamentes gegenüberstehen. Deshalb sind die mahnenden Worte von Präsident Herzog keine leeren Floskeln, sondern Ausdruck einer in Israel verbreiteten Sorge: „Diejenigen, die glauben, dass ein echter Bürgerkrieg mit Todesopfern eine Grenze ist, die wir nicht überschreiten werden, haben keine Ahnung. Gerade jetzt, 75 Jahre nach dem Bestehen Israels, ist der Abgrund zum Greifen nah.“⁴⁶

⁴³ „Nach Protesten gegen Justizreform: Netanjahu lehnt Kompromissvorschlag von Israels Präsident Herzog ab“. Tagesspiegel, 15.3.2023. <https://www.tagesspiegel.de/internationales/nach-wochenlangen-protesten-israels-prasident-herzog-prasentiert-kompromiss-zur-justizreform-9509069.html>

⁴⁴ Gerald M. Steinberg: „What is the way out of Israel's judicial reform crisis?“, Jerusalem Post, 3-3-2023. <https://www.jpost.com/opinion/article-733224>

⁴⁵ Aharon Garber, Avraham Shalev: „Why judicial reform is essential“, Kohelet Forum, 19.2.2023. <https://en.kohelet.org.il/publication/why-judicial-reform-is-essential>

⁴⁶ „Präsident Herzog präsentiert Kompromiss zur Justizreform“. Süddeutsche Zeitung, 15.3.2023. <https://www.sueddeutsche.de/politik/israel-justizreform-netanjahu-herzog-1.5769693>

VII. Kritik an der Politik der aktuellen Regierung und das Problem der Selbstvergewisserungspolitik

In Deutschland geäußerte Kritik an israelischer Politik muss sich immer des Äußerungsumfeldes bewusst sein. Es macht einen Unterschied, ob eine Kritik in Israel und dem dortigen innenpolitischen Äußerungskontext vorgetragen wird oder in Deutschland, in einem Äußerungsumfeld, in dem die vielen kritischen Äußerungen zu israelischer Politik ein willkommener Anlass sind, um antisemitische Impulse scheinbar politisch korrekt äußern zu können. Das bedeutet nicht ein Verstummen von kritischer Diskussion; aber es verlangt eine besondere Verantwortung der Einordnung und Kontextualisierung und die Beachtung der Verhältnismäßigkeit.

VIII. Erste Anregung für mögliche Positionierungen

Wir als DIG (Deutsch-Israelische Gesellschaft) stehen immer an der Seite derer, die den jüdischen **und** demokratischen Staat gegen Angriffe verteidigen. In der Vergangenheit haben viele antiisraelische Schlaumeier behauptet, jüdisch und demokratisch gehe nicht zusammen, das Label sei eine Erfindung Netanjahus und ein rechtes Projekt. So wurde das Fundament des Staates Israel in Frage gestellt. Dagegen haben wir uns gewandt und immer Israels Identität und das nationale Selbstbestimmungsrecht des jüdischen Volkes verteidigt.

Wenn jetzt Israels Demokratie in Gefahr gerät, werden wir das genauso tun und uns an die Seite von Staatspräsident Herzog und den israelischen Demokratinnen und Demokraten stellen, die sich einer Aufweichung oder Aushöhlung der Grundlagen der Demokratie und des Rechtsstaates in Israel entgegenstellen. Ebenso werden wir uns aber auch klar gegen Alle stellen, die jetzt meinen, endlich einen Grund gefunden zu haben, um Israel zu attackieren. Sollte sich die problematische Entwicklung fortsetzen wird sich auch der Fokus unserer Arbeit verändern und dem zwischengesellschaftlichen Austausch ein höherer Stellenwert einzuräumen sein. Wir sollten auch den Stimmen der israelischen Demokratiebewegung in Deutschland im Rahmen unserer Bildungsarbeit Gehör verschaffen und sie zu Veranstaltungen einladen.

Wir, die Deutsch-Israelische Gesellschaft, verteidigen Israel als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes wie als gleichberechtigte Nation in der Völkerfamilie, aber auch als Ort, an dem alle Bürgerinnen und Bürger ohne Unterschied von Religion, Rasse und Geschlecht, soziale und politische Gleichberechtigung verbürgt ist. So ist es in der *Hachrasat ha-'Azma'ūt*, der israelischen Unabhängigkeitserklärung (הכרזת העצמאות), niedergelegt.

Aber auch eine noch so schlechte Politik oder Gesetzgebung rechtfertigen keinen Angriff auf Israels Existenz und Sicherheit. **An unserem unbedingten Bekenntnis zu Israels Sicherheit als deutscher Staatsräson wird sich nichts ändern.**

Wir als **Deutsch-Israelische Gesellschaft** und Freunde Israels unterstützen Staatspräsident Herzog und die Bewegung zum Schutz der Demokratie in Israel. Auch indem wir als Freunde des Landes und seiner Menschen unsere Kritik und Sorgen, die sich

mit dem aktuellen Gesetzespaket der 37. Regierung Israels, des Kabinetts Netanjahu VI., verbinden, hier in Deutschland öffentlich äußern. Die Menschen in Israel sollen wissen, was wir denken.

Das ist keine „Einmischung“, sondern Ausdruck unserer tiefen Verbundenheit mit dem Staat, dessen Wunder einer 75jährigen demokratischen und rechtsstaatlichen Entwicklung trotz permanenter Bedrohung seiner Existenz durch Terror und Krieg wir in diesem Jahr feiern können.⁴⁷ Wir werden uns dabei bemühen, in der Diskussion zu kontextualisieren und überschießenden Impulsen in der Kritik, die den jüdischen und demokratischen Staat delegitimieren und existentiell in Frage stellen, auch entgegenzutreten.

⁴⁷ Ein Teil dieser Aussagen ist eine Übernahme von Hermann Kuhn aus der Diskussion der DIG Bremen.